



Putin hält sein Faustpfand in der Ost-Ukraine und konterkariert das Ziel des Westens

Dr. Klaus Olshausen

September 2014

Zusammenfassung

Nach der erfolgreichen Gegenoffensive der ‚Separatisten‘ mit massiver personeller und materieller russischer Unterstützung in den letzten Augusttagen hatte Putin ein ‚starkes Blatt‘ für die Feuerpause. Präsident Poroschenko dagegen musste sie annehmen, um nicht weiteres Terrain im Osten und Südosten zur Krim zu verlieren, zumal für ihn keine militärische Unterstützung westlicher Staaten verfügbar war – und ist.

Für Putin sind die Gebiete unter Kontrolle der ‚Separatisten‘, die er als ‚Neu-Russland‘ bezeichnet, entweder ein Faustpfand für maximale Forderungen an Kiew und den ‚Westen‘ oder – und dies ist wahrscheinlicher – Teil der geplanten unabhängigen Ost-Ukraine.

Stellungnahmen und Maßnahmen der NATO zur Rückversicherung der östlichen Bündnispartner und hinreichenden Abschreckung sowie die lauwarmer Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte und die verzögert erfolgten weiteren Sanktionen der EU werden ihn nicht zur Änderung seiner politischen Ziele in der Ukraine veranlassen.

Damit ist das erklärte Ziel der westlichen Staaten in NATO wie EU, die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine zu gewährleisten faktisch obsolet, auch wenn die völkerrechtliche Nichtanerkennung der Amputation(en) der Ukraine politische und wirtschaftliche Folgen für Russland zeitigen können.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



ANALYSE

1. Russische Verbände – offen oder getarnt – haben Ende August auf breiter Front in der Ost-Ukraine angegriffen. Dafür hat Putin drei aktuelle Gründe im Rahmen seiner Zielsetzung.
 - Erstens waren die ukrainischen Verbände in den vergangenen Wochen erfolgreicher als Putin vorausgesehen hat. Und er kann eine Niederlage der dort handelnden russischen Soldaten und der ‚Separatisten‘ im Osten der Ukraine nicht zulassen.
 - Zweitens: Nur eine starke Position in der Ost-Ukraine, der die Ukrainer alleine absehbar nichts entgegensetzen können, gibt ihm die Möglichkeit, bei irgendwann beginnenden Verhandlungen seine maximalen Forderungen an die Ukraine – und den „Westen“ mit Nachdruck vorzutragen.
 - Drittens hat Außenminister Lawrov am 2. September noch einmal klar ausgesprochen, dass man aggressiv verhindern will, dass die Orientierung der Ukrainischen Regierung zur EU oder NATO irgendeine Chance hat.
2. Die mit der Krim und jetzt mit der Ost-Ukraine geschaffenen Fakten braucht Putin nicht zurückzunehmen und wird es auch nicht. Er weiß zwar, dass der Westen diese Annexionen oder die Bildung neuer unabhängiger Staaten von Moskaus Gnaden nicht anerkennen, ja als völkerrechtswidrig verurteilen wird, aber er kann zuversichtlich sein, dass bei härteren Sanktionen des „Westens“ voraussichtlich die Durchhaltefähigkeit der Europäer nicht an die sprichwörtliche Leidensfähigkeit seiner Russen heranreichen wird. Damit kann er davon ausgehen, dass die normative Kraft des Faktischen sich territorial zu seinen Gunsten auswirken wird.
3. Mit der Amputation der Ukraine kann er zwar nicht sein Ziel erreichen, dieses wichtige Land geschlossen in die Eurasische Union zu integrieren, aber er kann bei der Haltung der Mitgliedstaaten sowohl in der EU als auch in der NATO davon ausgehen, dass die Rest-Ukraine wegen der bestehenden offenen Territorialfragen keine Möglichkeit haben wird, Mitglied der EU oder der NATO zu werden. Ein Verhinderungs-Ziel, so begrenzt es für Putin sein mag, das er schon mit dem Krieg gegen Georgien und der Unabhängigkeit Abchasiens und Süd-Ossetiens 2008 erreicht hat.
4. Das politische Ziel, das die USA, die EU und die NATO, um nur diese Akteure zu nennen, von Anfang an verkündet haben und auch jetzt noch verkünden, nämlich die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit der gesamten Ukraine zu gewährleisten, ist – ähnlich wie in Georgien – diplomatisch oder mit Sanktionen nicht mehr zu erreichen. Es zeigt sich wieder einmal, dass der v.a. aus innenpolitischen Motiven ständig öffentlich verkündete Verzicht aller westlichen Regierungen, militärische Mittel einzusetzen, letztlich demjenigen, der sich keine Begrenzungen auferlegt, ermöglicht, seine eigenen militärischen Aktionen mit einer ganzen Reihe weniger Unsicherheiten einzusetzen oder anzudrohen. Diese Einschätzung hat Clausewitz folgendermaßen beschrieben:

Da der Gebrauch der physischen Gewalt in ihrem ganzen Umfange die Mitwirkung der Intelligenz auf keine Weise ausschließt, so muß der, welcher sich dieser Gewalt rücksichtslos(er, d. Verf.), ohne (allzu große, d.Verf.) Schonung des Blutes bedient, ein Übergewicht bekommen, wenn der Gegner es nicht tut. (Clausewitz, Vom Kriege, 1. Buch, Kapitel 1, Äußerste Anwendung der Gewalt)



5. Wenn die westlichen Staaten keine eigenen militärischen Kräfte in der Ukraine einsetzen wollten, dann hätten sie zumindest die ukrainischen Streitkräfte seit Beginn der Auseinandersetzungen und dem inzwischen über Wochen tobenden Krieg in der Ost-Ukraine mit militärischer Ausrüstung aller Art, einschließlich wirksamer Bewaffnung unterstützen können. Wer erwartet hatte, dass der NATO Gipfel in Wales für die konkrete Lage der Ukraine Entscheidendes voranbringen würde, sieht nur geringe Fortschritte. Das bezieht sich einerseits auf die eher mittelfristig gedachte und wirksame Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte und ihrer gesamten Sicherheitsarchitektur und andererseits auf die weiterhin fehlende gemeinsame Bereitschaft oder auch die einzelner Mitgliedstaaten, der Ukraine militärisches Gerät, einschließlich Waffen und Munition zur Verfügung zu stellen, um der russischen Aufrüstung der ‚Separatisten‘ wirksamer entgegenzutreten zu können.

6. Noch kritischer sind die sich hinziehenden Diskussionen in der EU über weiterreichende Sanktionen gegen Russland. Noch sind russische Soldaten und militärisches Gerät aus Russland in der Ostukraine vorhanden. Putin hat keineswegs erklärt, dass er die Grenze zur Ukraine für den Übertritt russischer Soldaten und weiterem Militärgerät geschlossen hat. Seine Aussagen vom 9. September mit Glückwünschen für die Menschen in „Neu-Russland“ sind kein Hinweis, dass er diese Landesteile letztlich als integralen Teil der Ukraine sieht und anerkennen will. Dennoch hat die EU nur mühsam am Sonntagabend (07.09.14) eine Einigung über neue Sanktionen erreicht. Gleichzeitig wurde aber deren Umsetzung zunächst ausgesetzt. Plötzlich erscheint es für eine Reihe von EU Staaten schon ausreichend, um auf weitere Sanktionen zu verzichten, wenn die Feuerpause hält. Damit ist faktisch das „Faustpfand“ Russlands anerkannt. Der Eindruck verstärkt sich, dass der „Westen“ nicht nur die Annexion der Krim, sondern auch den destabilisierten Zustand in der Ost-Ukraine hinnimmt. Und die Hoffnung, dass Russland ohne weitere Maßnahmen seine Ziele in der Ost-Ukraine aufgeben könnte, ist für das Aussetzen weiterer Sanktionen wahrscheinlich weniger maßgebend als das Vermeiden negativer Wirkungen auf die eigene Wirtschaft. Am Donnerstagabend wurde dann doch die gemeinsame Entscheidung getroffen, die weiteren Sanktionen ab Freitag, dem 12. September, in Kraft zu setzen.

Insgesamt entspricht das Handeln durchaus dem realistischen Grundsatz von Clausewitz, dass „ein Staat, der in der Sache eines anderen auftritt, diese (niemals) so ernsthaft nimmt wie seine eigene“. (Clausewitz, Vom Kriege, 8. Buch, 6. Kapitel). Dabei ist auffällig, dass die Regierungen in Prag, Pressburg und Budapest sich besonders zögernd, ja ablehnend zu weiteren Sanktionsschritten verhalten – vielleicht mit Blick auf ihre Abhängigkeit(en) u.a. von der russischen Energieversorgung.

7. Damit schafft Russland den vierten oder fünften „frozen conflict“ in diesem Raum Europas. Putin hält damit alle betroffenen Staaten mit ihren Rest-Territorien außerhalb von NATO und EU und kann auf neue Gelegenheiten warten oder diese vorbereiten, um den russischen Einfluss weiter auszudehnen. Die von den ‚Separatisten‘ auch nach Minsk weiterhin verkündeten Forderungen, dass nur noch über die staatliche Unabhängigkeit gesprochen wird und nicht über Dezentralisierung oder Autonomie innerhalb der Ukraine, machen deutlich, wie schwer es für die westlichen Staaten mit NATO wie EU sein wird, diese quasi von Moskau formulierten, zumindest stark unterstützten Positionen entscheidend zu verändern.

8. Wie schwierig, ja unmöglich es ist, eine Situation zu erreichen, bei der die Waffen dauerhaft schweigen werden, wird klar, wenn man beachtet, dass Präsident Poroschenko in Wales gesagt hat, über die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit werde in Minsk nicht verhandelt – und für ihn schloss das auch die Krim ein. Andererseits fordern aber die Separatisten die Eigenstaatlichkeit und Putin spricht von Neurussland, was ja noch viel weiter reichen würde.
9. Wenn der „Westen“ tatsächlich am Ziel der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine festhalten will, dann muss er das „Maß der Mittel“ diesem Zweck anpassen. Er muss Putin entweder davon überzeugen, dass er die Amputation der Ukraine aufgeben muss (was eher unwahrscheinlich ist) oder er muss ganz im Sinne der Erkenntnisse von Clausewitz den Preis für Russland in nicht-militärischen Bereichen so hoch treiben, dass Putin zum Frieden im Rahmen der souveränen Ukraine bereit sein wird. Stattdessen wird immer wahrscheinlicher, dass es schließlich eher die Ukraine sein wird, die ihre Vorstellungen von einer Ukraine in den Grenzen vor den Ereignissen seit Februar 2014 faktisch aufgeben muss, auch wenn sie völkerrechtlich an der Forderung der territorialen Integrität festhält und eine Anerkennung jeder Abspaltung auf Dauer ausschließt. Denn Putin ist bereit, alles zu nehmen – auch mit militärischen Mitteln, wenn das Erfolg verspricht.

Anmerkungen:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Dr. Klaus Olshausen